

Protestbewegungen als Motor für Brasiliens Demokratie

Markus Fraundorfer

Im Juni 2013 haben Massenproteste das fünftgrößte Land der Welt in einem Umfang erschüttert, wie das Land sie seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Die Proteste richteten sich unter anderem gegen den desolaten Zustand des Bildungs- und Gesundheitssystems, das schwach ausgebildete öffentliche Verkehrssystem und die politische Korruption. Trotz der hiermit verbundenen Unruhe haben sie das Potenzial, die brasilianische Demokratie nachhaltig zu stärken.

Analyse

Landesweite Protestbewegungen haben in Brasilien seit Beginn der Demokratisierung im Jahr 1985 stets als Impuls- und Ideengeber für politische Reformen und Innovationen gewirkt. Dies gilt für die großen sozialen Protestbewegungen in den 1980er Jahren gegen die Militärdiktatur ebenso wie für spätere, die seither eine maßgebliche Rolle im Kampf gegen HIV/AIDS und gegen Hunger und Armut gespielt haben. Bei den aktuellen Protesten geht es vor allem um die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit.

- Das brasilianische Programm zur Bekämpfung von HIV/AIDS gilt heute weltweit als Vorbild. Zivilgesellschaftliche Organisationen waren maßgeblich an dessen Konzeption, Einführung und Umsetzung beteiligt.
- Auch die berühmte Null-Hunger-Strategie (Fome Zero) – im Jahr 2003 von Expräsident Lula da Silva eingeführt – geht insbesondere auf zivilgesellschaftliches Engagement zurück.
- Die Massenproteste im Juni 2013 gegen die politische Korruption könnten in ähnlicher Weise dringend notwendige Reformen und Innovationen anstoßen und vorantreiben.
- Bis zur Präsidentschaftswahl im Jahr 2014 steht die Präsidentin vor der Herausforderung, die sie stützende Koalition zusammenzuhalten und gleichzeitig grundsätzliche Reformen einzuleiten.

Schlagwörter: Brasilien, Massenproteste, Zivilgesellschaft, politische Korruption

Landesweite Massenproteste und die Konsolidierung der brasilianischen Demokratie

Brasilien gilt heute als eine gefestigte Demokratie. Die schrittweise Stärkung demokratischer Mechanismen und Institutionen sowie die allmähliche Herausbildung eines demokratischen Bewusstseins waren Voraussetzung für die beeindruckenden wirtschaftlichen und politischen Erfolge der letzten Jahre. Brasilien erlebt seit dem Jahr 1985 die längste und stabilste Phase demokratischer Entwicklung seit seiner Unabhängigkeit von Portugal im Jahr 1822.

Eine funktionierende Demokratie besteht allerdings nicht allein aus Gewaltenteilung, regelmäßig stattfindenden Wahlen, einer vielfältigen Parteienlandschaft und demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen. Vielmehr bedarf sie ebenso einer Zivilgesellschaft, die sich aktiv in gesellschaftliche Debatten einbringt und an Entscheidungen beteiligt wird. Landesweite Massendemonstrationen können dazu beitragen, politische Reformen anzuregen und Neuerungen hervorzubringen. Die brasilianische Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT), die im Jahr 2003 mit Luiz Inácio Lula da Silva an die Macht kam und bis heute regiert, ging selbst aus der zivil-demokratischen Widerstandsbewegung gegen die Militärdiktatur in den 1970er und 1980er Jahren hervor.

Es mag sich um eine Ironie der Geschichte handeln, dass im Juni 2013, wenige Monate nach den Feiern der Arbeiterpartei zu ihrem 10-jährigen Regierungsjubiläum, die bisher größte Protestwelle durch das Land rollte. Doch was genau bedeuten diese Massenproteste für das gegenwärtige politische System und die Demokratie des Landes? Ein Blick zurück zeigt, dass die Konsolidierung der brasilianischen Demokratie immer wieder von Protestwellen und zivilgesellschaftlichem Engagement begleitet wurde. Diese waren bedeutende Impuls- und Ideengeber für die Weiterentwicklung des politischen Systems und trugen auch international zum Ansehen Brasiliens bei. Der Kampf sowohl gegen HIV/AIDS, Hunger und Armut als auch gegen politische Korruption verdeutlicht dies.

Der Kampf gegen HIV/AIDS

Als der HI-Virus Anfang der 1980er Jahre aufkam und sich rapide auf der ganzen Welt verbreitete,

gehörte Brasilien zu den am stärksten betroffenen Ländern. Während die brasilianische Bundespolitik, wie auch Regierungen anderer Länder, das Problem in den ersten Jahren zunächst unterschätzte und ignorierte, begannen in Brasilien einzelne, vom HI-Virus betroffene Randgruppen, sich selbstständig zu organisieren und Druck auf lokale politische Institutionen auszuüben, sich für ihr Anliegen einzusetzen (Parker 1997).

Da in São Paulo die ersten Fälle von HIV/AIDS auftraten, reagierten die dortigen Behörden am schnellsten und richteten im Jahr 1983 ein bundesstaatliches Programm zur AIDS-Bekämpfung ein (do Carmo Sales Monteiro und da Penha Ramos Oliveira 2007: 10). Gleichzeitig entstanden erste lokale Organisationen, die den Ausgangspunkt für eine koordinierte zivilgesellschaftliche Organisation im Kampf gegen HIV/AIDS bildeten. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen dabei der Schutz und die gesellschaftliche Anerkennung der HIV-Infizierten. So formierte sich etwa in São Paulo die Gruppe zur Unterstützung der Prävention von AIDS (Grupo de Apoio à Prevenção à Aids – GAPA). Das Haus Brenda Lee (Casa de Apoio Brenda Lee) unterstützte HIV-infizierte Homosexuelle, Transsexuelle, Prostituierte, Drogenabhängige und Mitglieder anderer Randgruppen, die auch ohne AIDS von der Gesellschaft durch starke Vorurteile marginalisiert und isoliert wurden (Galvão 2000: 69-70). Im Jahr 1987 wurde in Rio de Janeiro die Brasilianische Interdisziplinäre Vereinigung gegen AIDS (Associação Brasileira Interdisciplinar de Aids – ABIA) mit dem Ziel gegründet, die brasilianische Gesellschaft für das Thema zu sensibilisieren und die Menschenrechte HIV-Infizierter zu schützen. Im Jahr 1989 wurde die NGO pela ViDDA (Für das Leben) (pela Valorição, Integração e Dignidade do Doente de Aids) von AIDS-Aktivist*innen ins Leben gerufen, die sich den Kampf gegen die Stigmatisierung von HIV-Infizierten auf die Fahnen geschrieben hatte.

Diese Nichtregierungsorganisationen entwickelten sich in den Folgejahren zu einem Modell für zahlreiche weitere zivilgesellschaftliche Organisationen im verstärkten Engagement der Bevölkerung gegen HIV/AIDS. Die Gruppen beschränkten sich aber nicht auf die lokale Arbeit, sondern vernetzten sich in den 1990er Jahren zunehmend auch international mit Verbänden, Organisationen und Vereinigungen aus anderen Ländern. Damit erreichte die Organisationsstärke zivilgesellschaftlicher Gruppen in Brasilien ein neues Niveau. Die

Vervielfachung der transnationalen Netzwerke trug entscheidend dazu bei, den bestehenden Diskurs in der AIDS-Debatte auf die Bürger- und Menschenrechte der HIV-Infizierten zu verlagern. Der hohe Organisationsgrad war maßgeblich dafür, dass die Politik zunehmend auf Forderungen und Vorschläge der Gruppen reagierte und deren Konzepte in ihre politischen Programme integrierte.

Im Jahr 1986 rief das Gesundheitsministerium das nationale AIDS-Programm ins Leben, das auf dem bundesstaatlichen Programm in São Paulo aufbaute und in entscheidendem Maße zivilgesellschaftliche Gruppen in die Planungen und Entscheidungen des Programms einbezog.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft ist die Entscheidung, antiretrovirale Mittel kostenlos zu verteilen. Seit Ende der 1980er Jahre verteilte die lokale Regierung in São Paulo kleinere Mengen des Mittels AZT (Zidovudin). Seit dem Jahr 1991 wurde schließlich AZT im ganzen Land kostenlos verteilt, eine Praxis die 1996 durch ein Dekret des damaligen brasilianischen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso institutionalisiert und verstetigt wurde.

In den Folgejahren entwickelte sich das brasilianische Programm zu einem der erfolgreichsten AIDS-Bekämpfungsprogramme weltweit. Die Weltgesundheitsorganisation und das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS (UNAIDS) bezeichnen es als ein beispielhaftes Programm im Kampf gegen AIDS. Insbesondere nach dem Jahr 1996 sank die Sterblichkeitsrate HIV-Infizierter um bis zu 70 Prozent (WHO 2004: 23).

Dieser Erfolg basiert insbesondere auf der Tatsache, dass das Programm die Menschenrechte der HIV-Infizierten in den Vordergrund stellt und neben Präventionsmaßnahmen die Behandlung durch die kostenlose Verteilung des Medikaments AZT (und später anderer antiretroviraler Mittel) stärkt. Dieser Fokus auf die Betonung der Menschenrechte der HIV-Infizierten ist in hohem Maße auf das Engagement der brasilianischen Zivilgesellschaft zurückzuführen, die sich zunächst in vereinzelten Initiativen, dann in kleinen Gemeinschaftsprojekten und später durch die Gründung von Nichtregierungsorganisationen auf nationaler und globaler Ebene hervorgetan hat (Galvão 2000: 48-59).

Der Kampf gegen Hunger und Armut – die Null-Hunger-Strategie

Hunger und Armut reichen als Probleme in Brasilien historisch viel weiter zurück als HIV/AIDS. Obwohl Brasilien über Jahrzehnte als eines der Länder auf der Welt mit der größten sozialen Ungleichheit galt, ignorierte die brasilianische Politik dieses Problem bis weit in die 1990er Jahre. Dies änderte sich grundlegend erst mit der Wahl von Luiz Inácio Lula da Silva zum Präsidenten im Jahr 2003. Die Null-Hunger-Strategie (Fome Zero), ein umfassendes Programm zur Bekämpfung von Hunger und Armut, stand fortan im Mittelpunkt seiner Regierungspolitik.

Abermals hatte zuvor zivilgesellschaftliches Engagement den Weg gewiesen. Wie die Organisationen zum Kampf gegen AIDS sind auch diese zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den sozialen Bewegungen des Widerstands gegen die Militärdiktatur entstanden. So formierten sich in den 1980er und 1990er Jahren eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verbänden und Vereinigungen, die sich den Kampf gegen Hunger und Armut auf die Fahnen schrieben. Insbesondere die Bürgerbewegung gegen Hunger (Ação da Cidadania Contra a Fome), die sich im Jahr 1993 formierte, trieb die Sozialpolitik maßgeblich voran. Im Jahr 1998 wurde das Brasilianische Forum für Nahrungs- und Lebensmittelsicherheit (Fórum Brasileiro de Soberania e Segurança Alimentar e Nutricional) ins Leben gerufen, um die Gesellschaft für das Thema Nahrungsmittelsicherheit zu mobilisieren. Der Arbeit dieses Forums ist die Entwicklung einer Vielzahl entscheidender Institutionen und Mechanismen der Null-Hunger-Strategie zu verdanken.

Vertreter der Zivilgesellschaft entwickelten im Brasilianischen Bürgerinstitut (Instituto da Cidadania) ab dem Jahr 2001 die Null-Hunger-Strategie, die sich Lula da Silva im Jahr 2003 zu eigen machte (Menezes 2010: 122).¹ Damit hatten die zivilgesellschaftlichen Organisationen endlich auch die Bundespolitik und den Präsidenten für den Kampf gegen Hunger und Armut gewonnen. Dieser Kampf wurde seitdem in einer bis dahin noch nie dagewesenen Form forciert.

¹ José Graziano da Silva, zwischen 2006 und 2011 regionaler Repräsentant der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Lateinamerika und der Karibik und seit dem Jahr 2012 Generaldirektor der FAO, koordinierte die Ausarbeitung der Null-Hunger-Strategie im Brasilianischen Bürgerinstitut.

Ähnlich wie das nationale AIDS-Programm wurde auch Brasiliens Null-Hunger-Strategie nicht zuletzt aufgrund der intensiven Partizipation zivilgesellschaftlicher Gruppen zu einem international viel beachteten Modell für Strategien im Kampf gegen Hunger und Armut. Alleine in den Jahren von 2003 bis 2007 ist die Armutsrate um 33,4 Prozent gesunken, wobei fast 17 Mio. Menschen aus der Armut geholt wurden (Ananias de Souza 2009: 386).

Der Kampf gegen die politische Korruption

Auch das Thema Korruption zieht sich wie ein roter Faden durch die brasilianische Geschichte der Demokratisierung. Die zivilgesellschaftliche Mobilisierung im Kampf gegen Korruption hat ihre Ursprünge in der Bewegung Direkte Wahlen Jetzt (Direitas Já), die sich seit dem Jahr 1983 für eine Direktwahl des brasilianischen Präsidenten einsetzte. Allerdings dauerte es noch bis zum Jahr 1989, bis der Bevölkerung erlaubt wurde, den Präsidenten direkt zu wählen. Diese ersten freien Präsidentschaftswahlen gewann Fernando Collor de Melo (gegen Luiz Inácio Lula da Silva). Trotz seiner Versprechen, das Land von der Korruption zu befreien, war der Präsident selbst während seiner Amtszeit in mehrere Korruptionsskandale verwickelt. In zahlreichen brasilianischen Großstädten gingen die Menschen deshalb auf die Straße und forderten ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten. Diese Bewegung, die unter anderem Vertreter von Studentenvereinigungen, Medien und Gewerkschaften umfasste, brachte schließlich eine Petition zur Amtsenthebung des Präsidenten im Kongress ein, wodurch der Kongress ein entsprechendes Verfahren einleitete. Am 19. September 1992 stimmte eine überwältigende Mehrheit der Kongressabgeordneten für die Amtsenthebung Collors. Vizepräsident Itamar Franco übernahm die Präsidentschaft und im Jahr 1994 wurde der international anerkannte Soziologe Fernando Henrique Cardoso zum neuen Präsidenten gewählt.

Zivilgesellschaftliche Organisationen setzten ihren Kampf gegen die Korruption auch während Cardosos Präsidentschaft fort. Im Jahr 1997 rief die brasilianische Kommission Gerechtigkeit und Frieden (Comissão Brasileira Justiça e Paz), ein Organ der Nationalen Bischofskonferenz, das Projekt „Kampf gegen die Wahlkorruption“ ins Leben. Im Jahr 2002 entstand hieraus die Bewegung zur Bekämpfung der Wahlkorruption (Movimento de

Combate à Corrupção Social). Sie erarbeitete im Jahr 2007 eine Gesetzesinitiative, die es bereits verurteilten Politikern verbieten sollte, sich weiterhin am Wahlprozess zu beteiligen. Die Kampagne Ficha Limpa (Sauberes Profil) mobilisierte große Teile der brasilianischen Gesellschaft für die Unterstützung der Gesetzesinitiative. Trotz teils starker Widerstände mehrerer Parteien war der Druck auf die Kongressmitglieder so groß, dass eine große Mehrheit der Kongressmitglieder das Gesetz verabschiedete. Am 4. Juni 2010 trat das Gesetz Ficha Limpa offiziell in Kraft. Daraufhin wurden bereits bei den folgenden Lokalwahlen Hunderte von Kandidaten aus dem Wahlprozess ausgeschlossen (Ficha Limpa 2012).

Im Jahr darauf wurde ein weiteres Gesetz verabschiedet, das korrupten Politikern das Leben zusätzlich erschwerte. Das Gesetz auf Zugang zu Informationen garantiert brasilianischen Bürgern den unbeschränkten Zugang zu offiziellen Daten der drei Gewalten Judikative, Legislative und Exekutive, ohne eine Begründung vorbringen zu müssen. In diesem Zusammenhang startete der Rechnungshof (Controladoria-Geral da União) im Januar 2013 das Programm Transparentes Brasilien (Brasil transparente), das die Bundesregierung und die Bundesstaaten in der Erfüllung des Gesetzes auf Zugang zu Informationen unterstützen soll.

Die Massenproteste im Juni 2013

Die Massenproteste im Juni 2013 entstanden nicht über Nacht, sondern haben ähnlich wie andere Protestbewegungen eine Vorgeschichte. Bereits im Jahr 2012 und während der ersten Monate des Jahres 2013 fanden landesweit zu unterschiedlichen Themen Demonstrationen statt, die im Juni 2013 eskalierten. Verschiedene Berufsgruppen wie Ärzte, Arztgehilfen, Lehrer, Professoren, Universitätsangestellte und Polizisten hatten im Verlauf der letzten eineinhalb Jahre immer wieder für mehr Gehalt, bessere Arbeitsbedingungen und Ausbildungschancen demonstriert.

Die allgemeine Unzufriedenheit verstärkte sich, weil der Kampf gegen die politische Korruption im Land kaum Fortschritte gemacht hatte. Der Oberste Bundesgerichtshof verurteilte Ende 2012 im Rahmen des Mensalão-Skandals (Fraundorfer und Llanos 2012) zwar eine Vielzahl von Führungspersonlichkeiten der letzten Regierung Lula da Silvas wegen Stimmenkauf und Veruntreuung öffent-

licher Gelder zu Geld- und Haftstrafen. Allerdings hat kein Verurteilter seine Haftstrafe bisher antreten müssen.

Anfang Februar 2013 wurde Renan Calheiros zum Präsidenten des Senats gewählt, obwohl er immer wieder der Korruption beschuldigt worden war. Calheiros war bereits in den Jahren von 2005 bis 2007 Präsident des Senats gewesen, hatte aber das Amt nach Korruptionsvorwürfen niedergelegt, um dem Entzug seiner politischen Rechte zu entgehen. Die Untersuchung der Anschuldigungen durch den Obersten Bundesgerichtshof dauert noch an. Vor diesem Hintergrund sind die Menschen zu Tausenden auf die Straßen gegangen, um gegen die Wahl Calheiros zu protestieren. Dennoch ließ sich der Großteil der Senatoren von den Massenprotesten nicht beeindrucken und wählte ihn erneut zum Senatspräsidenten.

Die Intensität der Proteste nahm zu, eine Kampagne samt Onlinepetition sammelte innerhalb von nur drei Wochen über 1,6 Mio. Unterschriften, die den Amtsverzicht Calheiros forderten. Zusätzlich wurden die Senatoren durch eine Vielzahl von E-Mails und Briefen unter Druck gesetzt. Die Petition wurde im Kongress zwar präsentiert, Renan Calheiros blieb aber weiterhin im Amt.

Die gehäufte Aneinanderreihung von Protesten zu unterschiedlichen Themen in knapp zwei Jahren zeigt, dass es letzten Endes nur noch eines Funkens bedurfte, um die allgemeine Unzufriedenheit eskalieren zu lassen. Die Erhöhung der Bus- und Bahnfahrpreise in mehreren Städten um 20 Centavos (ungefähr 8 Cent) war dieser Funke. Gerade für viele Jugendliche und Studenten bot sich hier ein Anlass zum Protest, weil sie trotz dessen schlechter Qualität auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind. Außerdem wurde den Bürgern das vorherrschende Ausmaß der alltäglichen Korruption bei der Eröffnung des FIFA Confederations Cup am 15. Juni vor Augen geführt. Hierfür und für die im Jahr 2014 stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft wurden völlig überteuerte Stadien errichtet, deren Bau von Beginn an von Korruptionsvorwürfen begleitet wurde. Die versprochenen Infrastrukturprojekte, die der Bevölkerung zugutekommen und auch einen nachhaltigen gesellschaftlichen Beitrag leisten sollten, sind dagegen entweder zeitlich weit im Rückstand oder gar nicht erst angefangen worden.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich ein Sturm der Entrüstung, der im Juni 2013 das gesamte Land erfasste. Die große Unzufriedenheit

der Bevölkerung insbesondere mit dem Gesundheits- und Bildungssystem, der öffentlichen Infrastruktur und der anhaltenden Korruption im Land entlud sich in Massenprotesten. Das anfänglich äußerst gewaltsame Eingreifen der Militärpolizei, die mittels Gummigeschossen und Tränengas überwiegend friedliche Demonstranten schwer verletzte, tat ein Übriges, um den Zorn der Bürger anzuheizen.

Die brasilianische Regierung, allen voran Dilma Rousseff, reagierte zunächst verunsichert auf die Proteste. Dies lässt sich zum einen damit erklären, dass sich die Regierung sehr sicher fühlte aufgrund der überragenden Zustimmungswerte für die Präsidentin (zwischen 70 und 80 Prozent), und deshalb von den Protesten vollkommen überrascht wurde. Wenn auch die ersten Reaktionen einige Tage auf sich warten ließen, so war doch der Grundtenor der Präsidentin und weiterer ranghoher Regierungsvertreter äußerst verständnisvoll, indem sie die generellen Motive der Demonstranten billigten und sogar unterstützten. Dies verhinderte jedoch nicht, dass die Zustimmungswerte der Präsidentin innerhalb von sechs Wochen von über 70 auf magere 30 Prozent absackten.

Die anfänglich zaghaften Reaktionen der Präsidentin machten deshalb binnen weniger Tage hektischem Aktivismus und der Anerkennung wichtiger Forderungen der Demonstranten Platz. Am 24. Juni 2013 schlug Dilma Rousseff fünf nationale Pakte vor. Zur Verbesserung des Gesundheitssystems stellte sie am 08. Juli das Programm Mais Médicos (Mehr Ärzte) vor. Hierdurch sollen kurzfristig 10.000 Arztstellen in benachteiligten Gebieten des Landes im Norden und Nordosten sowie in der Peripherie großer Städte geschaffen und so die grundärztliche Versorgung verbessert werden. Langfristig will die Regierung das ärztliche Ausbildungssystem umstrukturieren, um die Qualität der ärztlichen Betreuung im öffentlichen Gesundheitssystem zu erhöhen. Die weiteren Pakte beziehen sich auf die Verbesserung des öffentlichen Bildungssystems und des öffentlichen Verkehrssystems, die Bekämpfung der Inflation sowie auf die Durchführung eines Plebiszits zur Reform des politischen Systems.

Dieser letzte Pakt ist wohl der ambitionierteste Vorschlag Rousseffs, da er sich gegen das bestehende politische System richtet. Ein Plebiszit soll nach den Vorstellungen der Präsidentin noch vor den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014 eine grundlegende Veränderung des politischen Sys-

tems – etwa der Wahlfinanzierung und des Wahlsystems – legitimieren. Allerdings bremste der Kongress, dem die Hauptaufgabe bei der Durchführung des Plebiszits zukommt, Rousseff bereits aus. Er erklärte ein Inkrafttreten möglicher Änderungen bereits vor den Präsidentschaftswahlen für nicht durchführbar.

Mag Dilma Rousseff die Zeichen der Zeit erkannt haben, so gilt dies offenbar nicht für einen Großteil der Kongressabgeordneten. So berichteten Medien beispielsweise über neue Fälle von Korruption. Außerdem haben der Präsident des Senats, Renan Calheiros, und der Präsident des Kongresses, Henrique Alves, ein Flugzeug der brasilianischen Luftwaffe genutzt, um mit Familienangehörigen das Endspiel des Confederations Cup in Rio de Janeiro zu besuchen. Die Nutzung der Luftwaffenflugzeuge ist in Brasilien nur für Reisen der politischen Amtsausübung gestattet, nicht aber für private Zwecke. Alves beglich die entstandenen Flugkosten nach Bekanntwerden der Angelegenheit umgehend, wohingegen sich Calheiros tagelang weigerte, bis er dann doch zahlte. Ein derartiger Mangel an Sensibilität führender Regierungspolitiker lässt Zweifel aufkommen, dass der Kampf gegen die politische Korruption und der Vorschlag einer Änderung des politischen Systems innerhalb der Regierung auf fruchtbaren Boden fallen.

Dies hat zum einen damit zu tun, dass die politische Korruption über Jahrzehnte gewachsen ist und sich bei vielen Politikern ein Denken eingenistet hat, das Korruption und Vetternwirtschaft als selbstverständlichen Teil der politischen Wirklichkeit ansieht. Zum anderen ist Dilma Rousseff von ihren Koalitionspartnern abhängig. Die PMDB (Partido de Movimento Democrático Brasileiro) etwa besetzt mit dem Vizepräsidenten Michel Temer, dem Präsidenten des Senats Renan Calheiros sowie dem Präsidenten des Kongresses, Henrique Alves, Schlüsselpositionen in der Regierung. Ähnlich wie in der Regierungszeit Lula da Silvas, der erst mit neun weiteren Koalitionsparteien zu einer Mehrheit im Kongress gelangte, beruht Rousseffs Macht auf der Unterstützung von mehreren Koalitionspartnern (Fraundorfer und Llanos 2012: 3). Sie ist sogar auf noch mehr Koalitionspartner angewiesen als Lula da Silva und regiert heute mit der größten Koalition seit dem Jahr 1988. Die PMDB hat dabei entscheidenden Einfluss.

Solange Rousseff Zustimmungsraten zwischen 70 und 80 Prozent genoss, konnte sie sich weitgehend auf ihre Koalitionspartner verlassen. Seit die

Zustimmung zu ihrer Amtsführung aber durch die Proteste auf nur noch knapp 30 Prozent gesunken ist, beginnen die Koalitionspartner gegen Rousseff aufzubegehren und versuchen, sich anderen Präsidentschaftsanwärtern für die Wahlen im Jahr 2014 anzunähern. Schon deshalb steht Rousseff bis zu den Präsidentschaftswahlen ein gewagter Balanceakt bevor: Auf der einen Seite muss sie weiterhin demonstrieren, dass sie die Forderungen der Straße ernst nimmt, indem sie weitere Regierungsprogramme in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Bildung und Infrastruktur lanciert. Auf der anderen Seite muss sie im Hinblick auf die Reform des politischen Systems und das angestrebte Plebiszit darauf achten, insbesondere die PMDB nicht zu sehr herauszufordern.

Auf zu neuen Ufern ...?

Der gelungene Kampf gegen HIV/AIDS, Hunger- und Armut sowie die ersten verspäteten, aber bestimmten Schritte in der Bekämpfung der politischen Korruption sind Belege für die stete Weiterentwicklung der brasilianischen Demokratie in den letzten 30 Jahren. Auf der einen Seite sind diesen Entwicklungen landesweite Protestbewegungen vorausgegangen, die zur Gründung zahlreicher Organisationen und Bewegungen führten und die Politik auf sämtlichen Ebenen (Bund, Bundesstaaten, Stadt) in entscheidenden Momenten maßgeblich beeinflussten. Zum anderen ist die Politik immer wieder (wenn auch vielfach mit gewisser Verzögerung) auf die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten eingegangen. Sie hat in ihren politischen Programmen die Ideen dieser Organisationen aufgenommen und zivilgesellschaftliche Gruppen in die Mechanismen und die Umsetzung jener Programme eingebunden.

Aus dieser wechselseitigen Beeinflussung und der Zusammenarbeit zwischen brasilianischer Politik und Zivilgesellschaft sind politische Programme erwachsen, die nicht nur innerhalb Brasiliens zu außergewöhnlichen Erfolgen geführt haben, sondern darüber hinaus das Ansehen des Landes in der Welt gesteigert haben.

In diesem Licht lassen sich die Massenproteste im Juni 2013 vorsichtig optimistisch bewerten. Auch hier zeigen die ersten Reaktionen der Politiker, dass sie gewillt sind, auf die Forderungen der Zivilgesellschaft einzugehen. Und dennoch wird auch dieser Kampf, ähnlich wie im Fall von HIV/

AIDS und der Armutsbekämpfung, nicht ohne Schwierigkeiten und Widerstände zu gewinnen sein. Denn die Bekämpfung der politischen Korruption greift die etablierten Politiker selbst an, was innerhalb des politischen Establishments zu erheblichem Widerstand führt. Außerdem ist politische Korruption, ähnlich wie die ausgeprägte soziale Ungleichheit in diesem Land, über Jahrzehnte, wenn nicht sogar Jahrhunderte, gewachsen. Sie ist derart tief im Bewusstsein vieler Amtsträger verankert, dass es sicherlich noch eine ganze Generation dauern wird, um hier einen Bewusstseinswandel hervorzurufen und ähnliche Erfolge vorweisen zu können wie im Falle von HIV/AIDS oder der Hunger- und Armutsproblematik. Der Kampf gegen politische Korruption in Brasilien bleibt weiterhin mit großen Herausforderungen verbunden. Doch die ersten erfolgreichen Schritte der letzten Jahre erinnern an die ersten Erfolge im Kampf gegen HIV/AIDS in den 1980er und 1990er Jahren oder die Armut im letzten Jahrzehnt. Auch diese Schlachten wurden nicht ohne Rückschläge und zwischenzeitliche Krisen geschlagen.

Literatur

- Ananias de Souza, Patrus (2009), *The Fight Against Poverty and Hunger in Brazil*, in: Joachim von Braun, Ruth Vargas Hill und Rajul Pandya-Lorch (Hrsg.), *The Poorest and Hungry. Assessments, Analyses, and Actions*, Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute, 383-386.
- Do Carmo Sales Monteiro, Maria und Maria da Penha Ramos Oliveira (2007), *Desconstruindo a verticalização – DST/AIDS e rede básica: uma integração possível*, in: Ivone Aparecida de Paula und Ione Aquemi Guibu (Hrsg.), *DST/AIDS e Rede Básica: Uma Integração necessária*, São Paulo: Secretaria de Estado da Saúde, 9-22.
- Ficha Limpa (2012), *O que é Ficha Limpa?*, online: <www.fichalimpa.org.br/index.php/main/ficha_limpa> (8. Juni 2013).
- Fraundorfer, Markus und Mariana Llanos (2012), *Der Mensalão-Korruptionsskandal mit weitreichenden Folgen für Brasiliens Demokratie*, GIGA Focus Lateinamerika, 12, online: <www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_1212.pdf>.
- Galvão, Jane (2000), *AIDS no Brasil. A agenda de construção de uma epidemia*, São Paulo: Editora.
- Menezes, Francisco (2010), *Mobilização Social e Participação da Sociedade Civil*, in: Adriana Veiga Aranha (Hrsg.), *Fome Zero: Uma História Brasileira*, Volume I, Brasília, DF: MDS, Assessoria Fome Zero, 120-132.
- Parker, Richard (1997), *Introdução*, in: Richard Parker (Hrsg.), *Políticas, Instituições e AIDS. Enfrentando a epidemia no Brasil*, Rio de Janeiro: Jorge Zahar Ed. / ABIA, 7-15.
- WHO (2004), *The World Health Report 2004 – Changing History*, online: <www.who.int/whr/2004/en/> (10. Juni 2013).

■ Der Autor

Markus Fraundorfer ist Doktorand am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien und der Universität Hamburg. Seine Forschung konzentriert sich auf Brasiliens politischen Aufstieg in der Weltpolitik. Von August 2012 bis Juli 2013 war er Gastwissenschaftler an der Pontifícia Universidade Católica do Rio de Janeiro (PUC-Rio) und der Universidade de Brasília.

E-Mail: <markus.fraundorfer@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/fraundorfer>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Fragen der Gewaltenteilung und institutioneller Arrangements werden im Rahmen des Forschungsschwerpunkts 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ bearbeitet. Das Forschungsteam 3 beschäftigt sich insbesondere mit dem Zusammenhang von „Recht und Politik“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Fraundorfer, Markus und Mariana Llanos (2012), *Der Mensalão-Korruptionsskandal mit weitreichenden Folgen für Brasiliens Demokratie*, GIGA Focus Lateinamerika, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

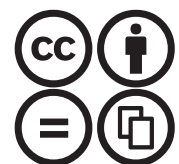
Nolte, Detlef und Christina Stolte (2012), Brasilien: Aufstieg vom Schuldenstaat zur Wirtschaftsmacht, in: Josef Braml, Stefan Mair und Eberhard Sandschneider (Hrsg.), *Außenpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise*, Jahrbuch Internationale Politik, Band 29, München: Oldenbourg, 104-113.

Peters, Ina (2011), *Der Belo Monte Staudamm: Paradebeispiel für eine erfolgreiche Zivilgesellschaft in Brasilien?*, GIGA Focus Lateinamerika, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Stolte, Christina (2013), Brazil in Africa, in: *Harvard International Review*, 34, 4.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Sabine Kurtenbach; Gesamtverantwortliche der Reihe: Stephan Rosiny, Lektorat: Kerstin Labusga; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

